

Herzlich willkommen zum Rückzugs-Newsletter. Ab 2011 ist er laut Verteidigungsminister Guttenberg aus Afghanistan möglich, wobei der genaue Termin noch nicht verraten wird, die Vorruhestandsphase des Instituts läuft bereits planmäßig. Der Newsletter wird indes aufgrund flehentlicher Bitten unserer LeserInnen doch nicht unmittelbar eingestellt, sondern nur ein wenig an Qualität verlieren.

Bei manchen Mailprogrammen schleichen sich in den Newsletter Sonderzeichen ein (so wie der Staat in unsere Freiheiten), die die Lesbarkeit erschweren. Für diesen Fall unser Angebot im pdf-Format:

http://www.strafrecht-online.org/pdf.2010_1_29

I. Eilmeldung

Aus dem Dekanat erreichte uns per Mail der folgende dringliche Aufruf: „Sehr geehrte Damen und Herren, in der letzten Januarwoche werden Universität und Uniklinik, sowie AStA und Fachschaften eine große Organspendeaktion zur Sensibilisierung der Studierenden starten.“

Da wollen wir aber auch gleich mit dabei sein: Wie wäre es mit einem wachsamen Auge eines Institutsmitglieds? Oder einem offenen Ohr? Ein Magengeschwür zählt nicht, oder? Nein, jetzt wissen wir es: Wir könnten ein bisschen Hirn spenden. Das würde sicherlich die Studierenden sensibilisieren. Und wäre gleichzeitig ein witziges, wortspielartiges Startsignal für die neue Exzellenzinitiative, so nach dem Motto: „Wir geben uns letztes Hirn.“

II. Law & Politics

< Hunde und Burkaträgerinnen müssen draußen bleiben >

Solche oder ähnliche Schilder werden wohl zukünftig an öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln in Frankreich zu finden sein. Zumindest wenn dem Vorschlag der eingesetzten parteiübergreifenden Enquetekommission gefolgt würde. Diese empfiehlt nämlich, dass Vermummungen z.B. in Behörden, Krankenhäusern und Bussen verboten werden sollen, mit der Folge, dass bei Verstoß hiergegen staatliche Dienstleistungen verweigert werden.

Derjenige, der nun gleich an die Diskriminierung von bestimmten religiösen Traditionen denkt, sei noch einmal darauf hingewiesen: Vermummungen jeglicher Art sollen verboten werden. Nicht nur das Tragen von Burkas und Niqabs, sondern auch von Ninja-Kostümen, GSG9-Einsatzkleidung und Ku-Klux-Klan-Laken ist in Frankreichs öffentlichen Einrichtungen nicht mehr willkommen. Damit ist klar und verfassungsfest bewiesen, dass es auf keinen Fall nur gegen Ausprägungen des islamischen Glaubens geht. Das wäre ja eine einseitige Diskriminierung einer bestimmten Religionsausübung und es wäre zudem auch verrückt, da es Burkaträgerinnen in Frankreich nur in verschwindend geringer Zahl gibt.

Na gut, ein kleines bisschen geht es vielleicht doch gegen den Islam, aber nur gegen die fundamental-islamistischen Tendenzen, deren Ausdruck auch die Burka sein soll. Die Ablehnung der Werte unserer Gesellschaft, insbesondere die Ablehnung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, soll sie symbolisieren.

Das mag teilweise so sein. Aber kann dies ein Verbot rechtfertigen, auch wenn es nicht mit Bußgeldern oder Strafen, sondern „nur“ mit der Verweigerung von Leistungen einhergeht? Nein, das kann es nicht. Der Staat darf die Ausübung des Glaubens und auch die öffentliche Kundgabe von Meinungen nicht verbieten, nur weil sie vielen von uns nicht gefallen. Und das auch dann nicht, wenn dieser Glaube oder diese Meinung mit den vorherrschenden und verfassungsrechtlich verankerten Werten nicht übereinstimmt. Deswegen war auch das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts falsch, das den § 130 IV StGB (öffentliche Billigung nationalsozialistischer Gewalt- und Willkürherrschaft) mit Art. 5 I 1 GG (Meinungsfreiheit) für vereinbar erklärte (wir berichteten). Das Verbot von Meinungen an sich ist für einen demokratischen Rechtsstaat immer unwürdig, sogar wenn es sich wie in § 130 IV StGB um abscheuliche Meinungen handelt.

Und weil man auch in Frankreich nicht ganz überzeugt davon ist, dass das Vorgehen gegen eine bestimmte Glaubens- und Meinungsübung zur Legitimation des Burkaverbots ausreichen kann, werden noch weitere Argumente ins Feld geführt. So soll jeder Bürger das Recht haben, einen Menschen, mit dem er im öffentlichen Raum in Beziehung tritt, zu identifizieren. In einer gesellschaftlichen Situation, in der zunehmend Anonymität bekämpft und staatlich erzeugtes Denunziantentum wie etwa beim Whistleblowing als Akt der Zivilcourage gefeiert werden, überzeugt das vielleicht wirklich jemanden. Aber dann sollte man es schon richtig machen und jedem zur Identifikation eine Nummer auf die unverhüllte Stirn tätowieren.

Gewichtiger ist demgegenüber das Vorbringen, dass ein Teil dieser Frauen die Burka nach außen zwar freiwillig tragen, aber im Grunde hierzu von ihrer Familie, ihrer Erziehung und ihrem Glauben genötigt werden. Von einer Burka als „Ganzkörpergefängnis“ ist dabei die Rede. Selbst wenn man sich der Logik eines paternalistisch agierenden Staats nicht von vornherein verschließt, könnte eine solche Argumentation nur dann wenigstens ansatzweise überzeugen, wenn das Verbot zum Wohl derjenigen erfolgt, deren Glaubensfreiheiten beschränkt werden. Aber glaubt ernsthaft jemand, dass die wenigen betroffenen Frauen aufgrund des Verbotes ihre Burka ablegen werden und sich in freie, gleichberechtigte Bürgerinnen verwandeln? Das Gegenteil wird der Fall sein. Sie werden sich weiter aus der Öffentlichkeit zurückziehen, soziale Kontakte zu einem liberaleren Umfeld werden abbrechen und für diejenigen, die in diesem Gefängnis leiden, wird es kaum noch Möglichkeiten geben, daraus auszubrechen. Es wird demnach ein Gesetz angestrebt, das, wenn es kommt, Probleme aus der öffentlichen Wahrnehmung drängt, anstatt sie anzugehen. Man ist heutzutage fast geneigt zu sagen, ein ganz normales Gesetz also.

Die geschürte Angst vor Terrorismus, der einseitig dem Islam untergeschoben wird und die Angst vor dem Anderen treiben Europa und seine freiheitlichen Grundwerte immer mehr vor sich her. Das Verbot von Kopftüchern in Schulen, das Verbot von Minaretten

und nun auch das von Burkas in öffentlichen Einrichtungen verstößt aber nicht nur gegen europäische Werte, es ist zudem gefährlich. Eine Mischung aus Angst, Vorurteilen, Unwissenheit und symbolischer staatlicher Intervention ist Brutstätte für Hass und Aggression. Man muss aufpassen, dass nicht irgendwann Moscheen brennen.

< Drohnen im Anflug >

Wer kennt sie nicht, die Kameras, die an sog. „gefährlichen Orten“ aufgestellt sind, um vorgeblich Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken und mögliche Verbrecher abzuschrecken, Untaten zu begehen? Was von diesen Absichten zu halten ist (so lautet ein Beitrag aus unserem Hause bezeichnenderweise: Gefährliche Orte – gefährliche Kameras), sei an dieser Stelle dahingestellt. Gesellschaftlich weitgehend akzeptierte Realität sind sie jedenfalls.

Auch wenn man das so locker sehen mag, steht fest: Durch die Videoüberwachung wird massiv in die Persönlichkeitsrechte der BürgerInnen eingegriffen. Hilft und beruhigt es, wenn wir uns bewusst werden, dass wir es hier noch vergleichsweise gut haben, wie ein Blick auf Großbritannien zeigt? Nicht nur, dass die britischen BürgerInnen schon seit langer Zeit umfassender Videoüberwachung ausgesetzt sind. Jetzt setzt die britische Regierung noch eins drauf: Kameras reichen nicht – wir brauchen Drohnen!

Drohnen? Werden die nicht nur für militärische Zwecke verwendet? Für den „Krieg gegen den Terror“? Bis heute ja, doch eigentlich sind wir ja fortwährend im Krieg. Bis spätestens zu den Olympischen Spielen 2012 sollen die zivilen Drohnen im Einsatz sein – und ihr Einsatzgebiet ist weit gefasst. Laut „Guardian“ fallen darunter nicht nur Großveranstaltungen wie die Olympischen Spiele, sondern auch Demonstrationen; ferner stehen Verkehrs- und Umweltsünder im Fokus der neuen Überwachungsmaßnahme, womit wir wieder unsere wilde Melange an überwachten Objekten und Situationen haben, die alles Unbotmäßige erfassen.

Man kann von einer „Revolution der Polizeiarbeit“ – so die britischen Behörden – sprechen, bei der die Zivile Luftfahrtbehörde CAA nur eine Sorge hatte: Wie können mögliche Kollisionen mit anderen Flugobjekten vermieden werden. Ob es auch ein neuer Quantensprung für die fürsorgliche Belagerung, die Überwachung, darstellt, ist freilich ungewiss. Denn schon zu Lande wird ja eigentlich bereits in einem Umfang beobachtet, dass man die weißen Flecken schon gar nicht mehr wahrnahm. Aber sie gibt es, garantiert, lassen Sie sich überraschen.

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/0,1518,673671,00.html>

III. Zwischenruf

Damit hatten wir zugegebenermaßen nicht gerechnet: Unsere Ankündigung im letzten Newsletter, diesen gleichsam im Zuge einer schlanken Exzellenzinitiative einzustellen, blieb nicht unkommentiert. Neben eher knapp gehaltenen Glückwunschtelegrammen von

Rektorat und Dekanat bis hin zu Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht wurde dieser Schritt bisweilen auch bedauert:

So schreibt Erna W. aus Villingen-Schwenningen: „Zugegeben bekomme ich nicht allzu viele Mails. Der Newsletter war da eine feste Größe. Er war auch schön lang, ich habe ihn immer ausgedruckt und abgeheftet. Das würde mir fehlen. Es muss ja nicht immer ein neuer Newsletter sein.“

Friederike H. aus Schallstadt-Wolfenweiler schlägt eine gewisse Neuausrichtung des Newsletter vor: „Wenn ich es recht sehe, hat doch immer dieses Politische für Ärger gesorgt. Die Rezepte und auch die praktischen Tipps (für die Wahl einer Schlange vor den Kassen im Supermarkt; wie man einen Burger isst u.s.w.) haben mir aber stets gut gefallen und auch geholfen. Könnte man das nicht in den Vordergrund stellen?“

Helmut K. aus Oggersheim plädiert für Gelassenheit im Umgang mit dem Newsletter: „Eines meiner Mottos, Motti, ach, was weiß ich, war: Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter. Lassen wir die Hunde doch kläffen, interessieren tut dies doch sowieso keine Sau.“

Peter F. aus Berlin hingegen kennt kein Mitleid: „Was für eine miese Masche! Wenn Arztserien plötzlich mit Prominenten aufgepeppt werden, steht das Ende unmittelbar bevor. Und wer darüber räsoniert, irgendein Pamphlet einzustellen, hätte es schon längst umsetzen sollen und mobilisiert nur noch die letzten blinden Idioten.“

Frank M. aus Bietigheim-Bissingen schließlich hat Verständnis: „Es handelt sich um einen Newsletter einer Exzellenz-Universität. Klar, dass da bei uns Lesern die Hürden unwillkürlich extrem hoch angelegt werden. Die Autoren geben ihr Bestes, da bin ich mir fast sicher. Auf sie einzuprügeln, bringt da gar nichts.“

Womit bewiesen wäre: Es muss und es wird weitergehen. Wir freuen uns über das Vertrauen, das uns unsere LeserInnen schenken, und sind ein bisschen gerührt. Spontan stellen wir auch als Zeichen unseres Danks die heutige Ausgabe unseres Newsletter komplett um und bringen nur noch seichtes Zeugs.

IV. Die sentimentale Ecke

< Der LSH erinnert sich: Zum 20-jährigen Todestag von Herbert Wehner >

Vor ziemlich genau zwanzig Jahren, am 19. Januar 1990, verstarb in Bonn der Großmeister der parlamentarischen Kampfrhetorik Herbert Wehner. Den älteren Konsumenten unseres Newsletters wird er je nach politischer Ausrichtung des Lesers entweder als wortgewaltigen Strippenzieher hinter Willy Brandts Ostpolitik in Erinnerung geblieben sein oder als „größter Schimpfbold im ganzen Bundestag“ (Karl Carstens). „Onkel Herbert“, wie er in seinen Altersjahren insbesondere von jungen SPD-Abgeordneten beinahe liebevoll genannt wurde, war beides. Als eisenharter Zuchtmeister hielt er die SPD-Fraktion auf Kurs („Wenn ihr glaubt, ihr könnt mit mir ...“) und auch mit der Methode der Bestechung seinem Kanzler Willy Brandt den Rücken

frei, als dieser wegen seiner Ostpolitik 1972 mittels eines Misstrauensvotums seines Amtes verlustig zu gehen drohte. Wehner bestätigte 1980 in einem Fernsehinterview indirekt, dass die SPD unter tatkräftiger Mithilfe von Erich Mielke besser geschmiert habe als die CDU/CSU-Fraktion: „Die Sache war schmutzig; da gab es Dinge, die ein Kanzler nicht wissen darf, wohl aber ein Fraktionsvorsitzender wissen muss.“

Zu einer seiner Lieblingsmaschen als Fraktionschef (Wehner in einer seltenen Stunde des Selbstmitleids: „Fraktionsschaf“) gehörte es, den Zorn des politischen Gegners mit verbalen Ausfälle im Bundestagsplenum auf sich zu ziehen – mit der erhofften Konsequenz, dass der politische Gegner sich mehr über Onkel Herberts Ton ereiferte als über ein heikles Thema. Sein überschäumendes Temperament und seine außergewöhnliche rhetorische Begabung prädestinierten ihn für diese Methode: Den damaligen Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Philipp Jenninger verunglimpfte er als „Geschwätzfürer“, den Abgeordneten Jürgen Wohlrabe verballhornte er als „Übelkrähe“ und beleidigte ihn ganz ordinär und einfallslos als „Schwein“; ähnlich erging es CSU-Rebell Todenhöfer, der fürderhin „Hodentöter“ hieß, Innenminister Höcherl musste sich als „Mithörminister“ verbal ungebremst anrempeln lassen, und Franz Josef Strauß bekam die herzhafteste Eigenwortschöpfung „Sie Tüffeltoffel, Sie!“ zu hören. Manchmal ließ er Beleidigungen auch in die Antworten auf Zwischenfragen einfließen: „Herr Spranger oder welchen Namen Sie missbrauchen – ich bin nicht nachtragend (im Stakkatoton), aber – ich – vergesse – nichts!“

Es verwundert denn auch nicht, dass Onkel Herbert bis zum heutigen Tage mit 57 Ordnungsrufen die Liste der Parlamentsflegel unangefochten anführt. Obwohl seine Ausfälle im Bundestag bei Freund (Helmut Schmidt: „Manchmal war er unmöglich“) und Feind auf ebenso wenig Gegenliebe stießen wie beim Wähler (Onkel Herbert hatte in den Siebzigern lange Zeit die schlechtesten Umfragewerte), muss man doch einräumen, dass es ihm, der bis 1942 Kommunist gewesen war, der konservative politische Gegner keinesfalls leicht machte: „Sie Kommunist!“ musste sich Onkel Herbert mehr als einmal als Zwischenruf anhören, bis ihm der Kragen platzte und er sich mit „Ja, ich war Kommunist, und das werde ich mein Leben lang bereuen, wenn ich es von patentierten Christen wie Ihnen vorgehalten bekomme“ revanchiert. Überflüssig zu erwähnen, dass dieser Zwischenrufer auch später keinen leichten Stand gegen Onkel Herbert hatte: Der spätere Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann („Old Schwurhand“) fing sich wegen seiner wenig rechtsstaatlichen Vorschläge zum Umgang mit RAF-Häftlingen im Deutschen Herbst bei Onkel Herbert den ihm noch heute in der SPD anhängenden Spitznamen „Kopf-ab-Zimmermann“ ein.

Weiten Teilen der Bevölkerung nicht zu vermitteln war auch die an die gesamte CDU/CSU-Fraktion gerichtete Pauschalbeleidigung „Wenn Sie das Wort ‚Marxist‘ hören, geht es Ihnen so wie Goebbels, nicht anders. Sie sind nämlich in dieser Frage genauso dumm, wie es jener war, nur war er ganz jesuitisch raffiniert.“ Allerdings bekam nicht nur der politische Gegner bei Onkel Herbert sein Fett weg, auch gegenüber den eigenen Fraktionsgenossen war Onkel Herbert erbarmungslos: Einem Hinterbänkler, dessen Namen mit Z begann und der sich darüber beklagte, dass er in einer Fraktionssitzung immer als Letzter zu Wort kam, empfahl er eine Namensänderung – in „Genosse Arschloch“.

Umso merkwürdiger erscheint aus heutiger Sicht die beinahe absurd anmutende Männerfreundschaft, die Onkel Herbert in späten Jahren mit einem weiteren Granden der Bonner Republik, CDU-Altkanzler Helmut Kohl, verband. Im Parlament bekriegten sie einander, Kohl hieß Wehner einen „ordinären Hetzer“, Herbert sprach von „Kohl, der schwarze Dämpfe verursacht und ins Gehirn steigt“; auch verhöhnte Onkel Herbert den damals frischgebackenen Kanzler 1983 noch in seiner Abschiedsrede als „herausragende Gestalt – wenn er zwischen Lambsdorff und Blüm steht“, als „diesen Herrn, der mit einer Rede die deutsche Sprache weit hinter die Brüder Grimm zurückwirft“, der „in der Öffentlichkeit auf seinen eigene Optimismus hineinfällt“.

Keinem anderen hätte der dicke Oggersheimer das verziehen – Kohl und Herbert teilten aber die Leidenschaft für geistige Getränke, und da im „langen Eugen“ ihre Abgeordnetenbüros zufällig nebeneinander lagen, trafen sich die beiden damaligen Fraktionsführer ab und an auf ein paar Gläschen – oder mehr: „Mit dem Herbert Wehner habe ich schon die eine oder andere Flasche gemeinsam getrunken, und wer den Wehner gekannt hat, der weiß, dass das kein Rotwein war“, erzählte Kohl lange nach Onkel Herberts Tod, und der respektvolle Ton verriet, dass sich Onkel Herbert, der Russlandveteran und erfahrene Ahtlöter, auch gegen Kohl in der Wodkaklasse gut geschlagen haben muss. Auch später, nachdem Onkel Herbert 1983 aus dem Bundestag ausgeschieden war, verstanden sie sich gut, und kurz vor seinem Tod besuchte Kohl Wehner diesen noch am Kranken- und Sterbebett – anders als Willy Brandt, der Onkel Herbert bis zu seinem Tode den so nie gefallenen Satz „Der Herr badet gerne lau“ nachtrug. Ausgesöhnt hatte sich Onkel Herbert da auch mit CDU-Querdenker Heiner Geißler, der ihn posthum als „größte parlamentarische Haubitze aller Zeiten“ würdigte.

Heute fehlen Gestalten wie Onkel Herbert in der Berliner Politik. In einer von Angela Merkels Nierentischsemantik und von Frankwalter Steinmeiers Schleiflackrhetorik geprägten Debattenkultur – die frei nach Onkel Herbert „den Mostrich nicht wert ist, den ich benötigt habe, um die Würstchen genießbar zu machen, die ich in all den Jahren in diesem hohen Hause schon verzehrt habe“ – wäre ein Verbalradikalinski wie Herbert endlich wieder ein Grund, sich eine Bundestagsdebatte anzusehen. Bei all dem schon 1983 von Herbert beklagten „von den Fraktionen vorfabrizierten Plastikdeutsch“ wird mit jeder Parlamentsperiode deutlicher, was wir an ihm und seinen seltsam verschachtelten Relativsätzen hatten. „Vielen Dank, Herr Wöhner“, möchte man ihm mit Ernst Dieter Lueg hinterher rufen, „für alles!“ Über Tote nur Gutes? Für Onkel Herbert gilt sinngemäß, was Augstein einst über Brandt schrieb: Uns war er mehr.

V. Die Wiedervereinigungs-Ecke

Im Ergebnis ist auch der NL in seiner jetzigen Form ein Produkt der Wiedervereinigung. Wie sonst hätte der LSH seinen Standort von Dresden nach Freiburg verlegen können? Und als wäre es eine Selbstverständlichkeit, goutieren die gaumenverwöhnten Badener unsere Brisoletten und fiebern sie mit dem Chemnitzer FC mit. Bei so viel Freude über die Wiedervereinigung kamen uns sogleich feuchte Augen, als wir nur von der Möglichkeit lasen, die Männerfeindschaft zwischen Lafontaine und Schröder könne begraben werden.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,674550,00.html>

Laut Spiegel sei wie so oft eine Frau der Grund für das Ende der Eiszeit gewesen. Nein, nicht Sahra Wagenknecht, sondern Doris Schröder-Köpf war es, ehemalige Bild- und Focus-Redakteurin, die sich laut Selbstaussage ihre Kompetenz zu familienpolitischen Fragen aus ihrer Eigenschaft als Mutter holt. Da Lafontaine wie Schröder-Köpf beide eine schwere Krankheit durchlebten, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen und wir sind hin- und hergerissen, ob wir diesem Ereignis oder doch Tiger Woods und Elin Nordegren unsere ganze Aufmerksamkeit schenken sollen.

Der Spiegel, kurzzeitig zu einer Wagner-Postille mutiert, merkt denn auch an, dass es nicht gut sein könne, sich ein Leben lang mit derart tiefen Feindschaften zu belasten. Die politische Kultur in Deutschland sollte neben dem Kampf auch die Aussöhnung kennen. Das macht grüblerisch und unwillkürlich denken wir sogleich an Lothar Matthäus. Das mit Kristina Liliana Tchoudinova ist ja jetzt vorbei und auch nicht so schlimm, aber die fiesen und gewohnt subtilen Angriffe von Bild nagen sicherlich nicht nur an ihm.

Aber halt: Bei der Diskussion um die Nachfolge von Armin Veh beim VfL Wolfsburg wird nahezu jeder gehandelt, inkl. Markus Babbel, was dem sofortigen Abstieg in Liga 2 gleichkäme, nur eben nicht Lothar Matthäus. Ist auch das der Beginn einer neuen wunderbaren Freundschaft? Sah man neulich nicht Uli Hoeneß sich in der Kabine von Fenerbahce Istanbul die Nase reiben? Aber jetzt gehen doch wirklich die Traum-Gäule mit uns durch.

VI. Die Kategorie, die man nicht braucht

Wie auch dieser Newsletter eindrucksvoll gezeigt hat, ist ein versöhnliches Miteinander nach wie vor ohne jede Alternative. Nur was tun, wenn dieses gestört ist oder sich in Ihren Augen nicht einzustellen vermag? Ein Beispiel: Sie stehen mal wieder im Supermarkt, weil Ihnen sonst nichts Rechtes einfallen will. Vor Ihnen ein allenfalls zwölfjähriger Jugendlicher mit einer Flasche Wodka, die Sie ein wenig neidisch anschauen. Die fürsorgliche Lampe „Jugendschutz“ blinkt auf. Der Jugendliche dreht sich zu Ihnen um und fragt: „Kannste die mal für mich kaufen, hier haste das Geld“. Die Kassiererin schaut Sie streng an. – Verlassen Sie den Kassenbereich mit dem Hinweis, dass Sie gesalzene Butter vergessen hätten, und verharren Sie mindestens 30 Minuten vor dem Kühlregal, bis jemand Ihre Waren vom Band genommen hat. Wie sollen Sie diese verfahrenere Situation noch in den Griff kriegen?

VII. Das Beste zum Schluss

Kommunikation & Interaktion, unser Leitmotiv:

<http://www.strafrecht-online.org/jpg.webcam1>

Ihr LSH, uns interessiert wenig mehr als uns selbst

--

NL vom 29.1.2010

Roland Hefendehl

Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht

Tel.: +49 (0)761 / 203-2210

Fax: +49 (0)761 / 203-2219

Mail: hefendehl@jura.uni-freiburg.de

Netz: <http://www.strafrecht-online.org>